

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verkaufspreis: 10 Pfennig

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 1.50 M. Durch den Postweg vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — **Telegraphen-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonparillzeile 50 Pfennig, darunter 40 Prozent Freizeitszuschlag. — Inserate sind im Voraus zu bezahlen. — Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Wiederholungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 58.

Dresden, Dienstag den 11. März 1919.

30. Jahrg.

Neue Lebensmittelverhandlungen.

Endlich!

Endlich ist es heraus: die Unabhängigen treten nicht in die Regierung des Reichs ein. Sie teilen diesen Entschluss in einem Schreiben mit, das sie der sozialdemokratischen Kammerfraktion gestern abend zugestellt und mit auffälligem Eifer, wie schon in früheren Fällen, zugleich mit der bürgerlichen Presse zum Abdruck übermitteln haben. Das Schreiben lautet:

Im Namen der Fraktion der U. S. D. teilen wir Ihnen mit, daß unterlei eine Beteiligung an der Regierung bzw. eine Regierungsbildung mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei abgelehnt wird.

Die Begründung dieses Standpunkts ist kurz folgendes zu erklären:

Auf die von uns als Voraussetzung zum Eintritt in die Regierung aufgestellten Bedingungen ist in sehr wichtigen Punkten unzulänglich oder direkt ablehnend geantwortet worden. Ausschlaggebend für unsere Haltung ist, daß Sie es grundsätzlich ablehnen, die U. S. D. als Träger der politischen Macht anzuerkennen. Demgegenüber müssen wir an unserer grundsätzlichen Auffassung über die U. S. D. festhalten. Diese unsere Stellung deckt sich mit dem Beschluß des Parteitag der U. S. D. in Berlin, der sich ausdrücklich auf den Boden des Nationalismus gestellt hat.

Nu allem kommt, daß die sozialdemokratische Fraktion und die jetzige Regierung dem Streikrecht der Arbeiter gegenüber eine Haltung einnehmen — die sich in der Volkstammers-Sitzung am vorigen Donnerstag zeigte —, die zu der unsern in schroffem Gegensatz steht.

Unter solchen Umständen ist uns ein Zusammenarbeiten mit Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in einer Regierung nicht möglich.

Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion.

J. K. Fleißner, Lipinski, Vorstehen.

Ohne irgendeinen Stimmzettel geht es bei den Unabhängigen nicht ab. Man lese noch einmal in Nr. 46 der Volkszeitung die Antwort, die die sozialdemokratische Fraktion der Fraktion der Unabhängigen gegeben hat, und beurteile dann selbst, ob sie in irgendeinem Punkte „ausweichend“ oder „zweideutig“ gewesen ist.

Klarheit, Entschiedenheit und Ehrlichkeit ist natürlich nur bei den Unabhängigen vorhanden, die vom 22. Februar, dem Tage der ersten Verhandlung an, bis zum 10. März, also gut zwei Wochen lang, um ihren heldenhaften Entschluß zu kämpfen. Gerade das Schicksal dieses Vorganges zeigt, wie die Zweideutigkeit zu finden ist, und wahrscheinlich hat bereits die nächste Zeit, daß die Beweggründe der „Unabhängigen“ eine noch weit schärfere Kennzeichnung erfahren müssen. Der „Unabhängigen“? Oder nicht vielmehr der andern Weisheit, die sie gerufen haben und von denen sie nun ewig abhängig sind?

Nicht umsonst haben die sächsischen „Unabhängigen“ die Entscheidung über ihren Eintritt in die Regierung bis nach ihrem Parteitag verschoben. Der Sinn dieses „Ausweichens“ wollten wir von vornherein. Es trat klar zutage, daß es auch in der „unabhängigen“ Kammerfraktion zwei Strömungen gab. Die einen würden unter allen Umständen gern mit in der Regierung sein, und sie suchten wohl innerlich ihren „gottgewollten Abhängigkeiten“, die ihnen den Weg zum Ziele verneinten, die andern aber, und die geben den Ausschlag, gehalten das nicht. Denn sie sind Fleisch vom Fleische des Spartakus. Sie gehören der Richtung an, die auf dem Parteitag der „Unabhängigen“ gefestigt hat, die, wie die übermüdete Volkstimmte treffend schreibt, ihr Geld jetzt offen auf die Karte des Bolschewismus legt.

Das Schreiben der „Unabhängigen“, nach ihrem Parteitag verfaßt, befähigt, daß auf dem Parteitag die Richtung Sparte-Kautsky-Hilferding eine ebenso entschiedene Niederlage erlitten hat wie in Sachen die Richtung Lipinski, die mit der Unterzeichnung des eben abgedruckten Schreibens die Unterschrift unter das eigene politische Todesurteil gesetzt hat.

Die Arbeiterräte, die die Handhabe für den Entschluß der „Unabhängigen“ abgeben müssen, werden auch von uns als Organ für die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der arbeitenden Klassen anerkannt. Sie neben der aus dem freien Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung und in Konkurrenz mit ihr als politischen Machtfaktor einlegen, heißt die Schleusen der Anarchie öffnen und in dem hervordringenden Strudel alle Hoffnung auf den Wiederaufbau der Volkserziehung zugrundegehen lassen.

Die Ablehnung des aus äußerstem Verantwortlichkeitsgefühl der Sozialdemokratie hervorgegangenen Angebots, die Regierung der Unabhängigen, die Regierung mit zu übernehmen, zeigt einen größeren Ernst der Lage, als mancher glauben dürfte.

Die Arbeiterschaft mag auf dem Boden

Späte Einsicht.

Im Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat Ende voriger Woche in eine Art Offizierskritik über den Berliner

und Leipziger Generalstreik statt. Der Unabhängige Seger berichtete über den Berliner Streik, von dem er sagte, daß an ihm wie auch am Leipziger Streik vieles unklar und auch in der Form falsch sei. Und dann vertret er die verspätete Einsicht, daß man durch den Streik nicht zur Sozialisierung komme. Man könne auch nicht streiken bis die Mätereipublik erreicht sei. Die Arbeiterschaft dürfe nicht den Akt abgeben, auf dem sie selbst sehe. Das tue sie aber, wenn sie Gas- und Elektrizitätswert stülze. Denn die Vorfälle dieser Maßnahmen richteten sich gegen die Arbeiterschaft selbst.

Sein Genosse Lieberow entgegnete ihm mit Recht, daß Seger diese Ausführungen vor dem Streik, aber nicht jetzt mitten in der Bewegung hätte machen sollen. Er erhob diesen Vorwurf in einem besonderen Sinne, trat aber doch auch in tieferer Bedeutung ins Schwarze: die Arbeiter und ihre unabhängigen Führer sollten sich zum Wohle des arbeitenden Volkes besser vorher über die verheerenden Wirkungen eines so sinnlosen Generalstreiks klar werden. Einsicht ist schön, aber nutzlos, wenn sie zu spät kommt. Auch Lieberow gab zu, daß der Kampf abgebrochen werden müsse, weil bei der längeren Dauer eines Generalstreiks der Lebensnerv der Großstädte und auch der Arbeiterschaft getroffen werde. Und auch ihn werden die Leipziger Arbeiter fragen müssen: Warum kommt diese Einsicht so spät, zu spät?

Ohne alle Einsicht blies nur Dr. Seger die Kriegsfanfane. Aber auch er übte, ohne es zu wollen, vernichtende Kritik am Generalstreik. Insofern nämlich, als er den Gegenstand des Bürgerkriegs als Terror bezeichnete, dem mit diktorischen Maßnahmen entgegengetreten werden müsse. Für die Einsicht, daß auch der Streik, den er vertritt und der den Gegenstreik erst hervorrief, in noch viel höherem Maße Terror ist — für diese Einsicht ist der jugendliche Dr. Seger noch nicht reif.

Die Sowjetregierung korrigiert sich.

Durch einen Erlass der Sowjetregierung in Moskau, der im „Iswestija“ amtlich veröffentlicht wird, werden alle „gewählten Körperschaften“, die die bolschewistische Regierung geschaffen hatte, im Bereich des Kriegs- und Marineministeriums abgehehrt und durch Einrichtungen von der Art derjenigen ersetzt, die unter der alten Regierung bestanden. Ein anderer Erlass überträgt die Dienstvollkommenheiten der Räte der Eisenbahnen an von der Regierung ernannte Ausschüsse. Auch diese Reorientierung ist ein Beweis dafür, daß die Sowjetregierung ihr eigenes System in Rußland abheuert. Das hindert aber die deutschen Unabhängigen und ihre noch zahlreicheren Konkurrenten nicht, die Einführung dieses Systems in Deutschland zu fordern, wo es sich noch weniger bewähren würde.

Foch lenkt ein!

Die Entente lenkt ein. Ihre führenden Leute versichern, daß man Deutschland nicht verhungern lassen werde, aber seine Schiffe müsse es hergeben. Einer Neuentdeckung zufolge sind Verträge mit verschiedenen Firmen abgeschlossen worden, um Deutschland die nötigen Lebensmittel zu liefern, und um Deutschland Foch hat am 10. März folgende Note an die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa übergeben lassen:

Die verbündeten Regierungen haben beschlossen, daß ihre Vertreter in befristeter Anzahl unter dem Vorherrschaft von Admiral Weygand in Brüssel am Donnerstag den 13. März mit den Vertretern der deutschen Regierung zusammenzutreffen werden, um ihnen ihre Entscheidungen zu übermitteln bezüglich der deutschen Handelsflotte und der Lebensmittelversorgung Deutschlands und um die damit zusammenhängenden Finanzenfragen zu regeln. Die Stunde des Zusammenstreffens wird später festgelegt werden. Es wird gebeten, die deutsche Delegation eiligst zu demnachstigen.

Die deutsche Delegation reist Dienstag abend von Berlin über Spa nach Brüssel. Die Verhandlungen gehen also weiter — zum Scherz unter Spartakisten. Je unglücklicher die Aussichten dafür wurden, daß die Entente Deutschland Lebensmittel liefern würde, die eine halbwegs genügende Ernährung bis zur neuen Ernte sicherstellen, desto lauter jubelte die Spartakistenpresse, daß selbst die ärgste Demütigung der Regierung Ebert-Scheidemann nur Fußfeste, aber keine Lebensmittel einbringen werde. Versichert die Regierung den Hunger jedoch, so versichert sie unsern Bolschewisten einen Bundesgenossen, von dem sie erhofft hatten, was ihnen die heute nicht gelang: einen größeren Teil des deutschen Volkes um alle Vernunft zu bringen.

Berlin, 10. März. Die Frage des Wiederaufbaus des Norddeutschen durch freiwillige deutsche Arbeitsträfte beschäftigt die deutsche Waffenstillstandskommission seit November 1918. Alle zutreffenden Vorschläge sind seit jener Zeit bereits dem Foch übergeben worden. Eine Reihe von Sachverständigen hat sich seitdem an den vorbereitenden Arbeiten. Demnach ist die jetzt gefällte Forderung als nächste Aufgabe einer deutschen Mission

Politik, daß die deutsche Regierung sich rechtzeitig die deutschen Arbeitskräfte, die notwendig sind beim Wiederaufbau Frankreichs, sichert, sobald er von Frankreich mit eigenen Arbeitern nicht geliefert werden kann. Von der deutschen Waffenstillstandskommission ist dies ebenfalls seit vier Monaten als eine der dringendsten Aufgaben erkannt und zur Verwirklichung vorbereitet worden.

Hunger und Mord.

In Berlin tobt noch immer die spartakistische Kaserne und viele Hunderte Anschuldiger mühten ihr Leben lassen. Unter den Menschen, die in Berlin ranzen und mordeten, mögen viele sein, die von Bolschewismus und Kommunismus keine Ahnung haben und nur die Gelegenheit benutzen, um ihrer Wut und Rancore zu fröhnen. Aber trotzdem können die spartakistisch-unabhängigen Streikposten die Verantwortung für die Berliner Vorgänge nicht ablehnen. Wird erst einmal der Grundlag proklamiert, daß eine Widerheit streiken soll, um der Wehrheit des Volkes ihren Willen aufzuzwingen, dann gibt es für den Terrorismus keine Grenzen mehr. Es ist eine ganz natürliche Entwicklung, daß dem Streik gegen das eigene Volk auch bald die Vordrahterei folgt. Wenn einmal der Bevölkerung Wasser, Gas und Elektrizität abgesperrt und dadurch das Leben und die Gesundheit Hunderttausender gefährdet werden, warum soll dann die radikalere Methode unzulässig sein, bei der der widerwärtige Gegner mit Maschinengewehren, Handgranaten und Revolvern aus dem Wege geräumt wird?

Man braucht sich wirklich nicht darüber zu wundern, wenn von fanatisierten Menschen eine derartige Schlussfolgerung gezogen wird.

So sind Mord und Totschlag eine unvermeidliche Frucht der bolschewistischen Taktik. Das zeigt ja auch das Beispiel Rußlands, wo schon viele, viele Tausende dem bolschewistischen Terror zum Opfer gefallen sind. In Nord und Ostdeutschland muß das bolschewistische Treiben schon deshalb führen, weil das ganze Wirtschaftsleben zerfallen wird, da die Not und der Hunger immer mehr Fuß fassen und die Bevölkerung infolgedessen in eine verzweifelte Stimmung gerät, die einen nur zu guten Boden für die grauenvollsten Wahnsinnigkeiten bildet.

Auch in Deutschland hat uns der spartakistische Wahnsinn schon unendlich geschadet. In seiner geistigen Heide stellte der Reichsernährungsminister Schmidt in der Nationalversammlung fest, daß wir mit der Ernährung schon jetzt viel besser daran sein könnten, wenn die vielen Streiks nicht gewesen wären. Wir hätten Nahrungsmittel bereits einführen können, wenn uns nicht die Zahlungsmittel gefehlt hätten, weil durch die Streiks die Produktion von Kohle, Kali und Eisen verringert worden ist. Zahlreiche Kinder, Frauen und Kranke, die jetzt dem Hunger zum Opfer fallen, hätten also vielleicht geteilt werden können, wenn sich nicht so viele deutsche Arbeiter zu tödlichen Streiks hätten hinreißen lassen. Man könnte wahrhaftig werden, wenn man daran denkt, daß deutsche Arbeiter auf diese Weise am Tode dieser Unglücklichen mitschuldig geworden sind.

Wenn die Augen noch nicht aufgegangen waren, dem müssen die Ereignisse der letzten Tage gezeigt haben, daß der Bolschewismus zu Mord und Hunger führen muß, und daß es keinen ürgern Feind der Arbeiterschaft gibt, als die Kasperle, die dem deutschen Proletariat einreden wollen, daß wir einer besseren Zukunft entgegengehen könnten, wenn deutsche Arbeiter gegen ihr Volk streiken.

Der Vormarsch der Regierungstruppen.

Die Regierungstruppen haben, wie der Spartezeitung berichtet, im Laufe des Monats bereits Teile von Mähren besetzt. Die Spartezeitung war, als sie die Truppen in ihrer Hande aufzählen sah, so überrascht, daß sie zum Teil die Gewehre fortwarfen und sich ruhig abführen ließen. Ein Teil der Banden schlüpfte in die sächsische Grenzmark Herzberge und versuchte sich dort zu verbergen. Nach kurzen Kämpfen wurden sie zum Teil überwältigt, zum Teil flüchteten sie auf das freie Feld. Die Spartezeitung haben von ihren Führern den Auftrag erhalten, sobald sie sich umgesehen haben, die Waffen fortzuwerfen und harmlose Passanten zu spielen. Zutun diese Maßnahmen hoffen sie der Beurteilung durch das Standgericht zu entgehen.

An zutreffender militärischer Stelle wird über den Zustand in Berlin erklärt: Verbrecherische Elemente haben den Streik demütigt, um einen Aufstand zu entfesseln. Sie wollten nach Einnahme des Prädikats den Reichstag, die Reichsdruckerei und die Reichshäuser nehmen und dann die Mätereipublik erklären. Das Zentrum ist gesäubert, wobei die Marinebrigade, eine vorzügliche Truppe, wesentliche Dienste leistete. Die außerparlamentarischen Kräfte sind zusammenschlüsselt und haben sich in kleine Truppen ohne einheitliche Leitung aufgelöst. Spandau ist jetzt in unserer Hand. Die Regierungstruppen sind absolut verlässlich. Inzwischen sollen der Osten und die östlichen und nordöstlichen Vororte bis über Groß-Berlin hinaus gesäubert werden.

Oberbefehlshaber Klose hat in einem Befehl das Oberkommando über die Truppen in Groß-Berlin, soweit ihre tatsächliche Verwendung in Frage kommt, dem General der Infanterie v. Kämpf übertragen. Es ist dadurch ein so facto bestehender Zustand auch, formell geregelt worden.